

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresden-Nachrichten: Nachrichten Dresden,
Dienstzeitung-Sammelnummer: 25-241
Für die Nachdrucke: 20 011.

Lobeck's Dresdner
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1886. • 15 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mertensstraße 38/40.
Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei jeglicher Auftragung in Dresden oder durch die Post monatlich 100,- Einzelnummer 5,- Sonntagsausgabe 6,- Unzeiten-Preise. Die Spalt, 32 mm breite Zeile 12,- außer Sachens 15,- Familienanzeigen, Anzeigen unter Gießen u. Wohnungs-Notizen, 25,- Werbespäle laut Tarif. Auswärtige Anfragen gegen Bevorzugung. Nachdruck nur mit deutlicher Auskunftsangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. - Unverlangte Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Ernst Lange
Koffer- u. Taschenfabrik
König-Johann-Str. König-Johann-Platz

Muster-Ausstellung
für sanitäre Einrichtungs-Gegenstände
F. Hermann Beeg, Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher: 19331 und 20401

Schloß-Konditorei Weber
Schloßstraße 19
(siehe M. Siegmeyer)
Gutes Tages-Café mit seinen Konditorei-Spezialitäten

Am Vorabend der Berliner Garantie-Konferenz

Die vermußlichen Garantieforderungen der belgischen Regierung.

Brüssel, 4. Sept. (Agence Belge.) Die Minister Thénin und Jaspas empfingen heute die Delegationen Delastoy und Bemelmans, sowie den Bankier Philippson, der die belgischen Delegation für Berlin begegeben werden wird. Zur Beratung standen die Garantien, die von Deutschland für die Wechsel verlangt werden sollen, die Belgien gegeben werden. Thénin drückte den Wunsch aus, daß die Verhandlungen mit möglichster Eile geführt würden und daß die belgischen Delegationen, abgesehen von Golddepots, nur solche Garantien annehmen sollten, die eine tatsächliche Bezahlung ermöglichen werden. (W. T. B.)

Leicht diskonterbare Schahscheine als Sicherheiten?

(Nachrichten aus Berliner Schriftleitung.) Brüssel, 4. Sept. Nach einer Brüsseler Meldung des "Temps" werden die belgischen Delegationen, die für die Verhandlungen in Berlin bestimmt sind, von der deutschen Regierung leicht diskonterbare Schahscheine als Garantie verlangen. Sollte die deutsche Regierung die Hinterlegung von Golddepots in ausländischen Banken verweigern, so müsse Belgien darauf bestehen, daß die Angelegenheit nochmals an die Reparationskommission zurückverwiesen werde.

Brüssel, 4. Sept. In diesen offiziellen Kreisen wird in sonst gut informierten politischen Kreisen herrscht über den Ausgang der kommenden Verhandlungen in Berlin keine Übersicht. Man glaubt vielfach, daß Belgien nicht die Garantie englischer, sondern amerikanischer Banken für die Schahscheine verlangen werde.

Vor der Ankunft der belgischen Unterhändler.

Berlin, 4. Sept. Die Vertreter der belgischen Delegation Delacroix und Bemelmans, die mit der Reichsregierung über die Garantien für die von Deutschland verlangten Schahscheine verhandeln wollen, treffen Dienstag nachmittag in Berlin ein. Die erste Versprechung findet

Mittwoch vormittag 11 Uhr statt. Von der Reichsregierung sind die Staatssekretäre Schröder und Bergmann für die Verhandlungen mit den belgischen Delegationen ansprechbar. Man hofft, daß es gelingen wird, in einer ruhigen und sachlichen Diskussion zu einem befriedigenden Ergebnis für beide Teile zu gelangen.

Stinnes' Lieferungs-Abkommen mit Frankreich.

Paris, 4. Sept. Der französische Senator Luberac erklärt im "Echo de Paris" über seine Verhandlungen mit Stinnes, über deren Abschluß einem Teil der Presse bereits berichtet wurde. Am 30. August stand eine Zusammenkunft in der Nähe von Maisons-Laffitte statt, der Luberac als Vertreter der französischen Wiederaufbaugenossenschaften und Stinnes als Lieferant von Materialien für den Wiederaufbau bewohnten. Es handelte sich hauptsächlich um Ziegel, Eisen, Beton, Kalk usw. Luberac hatte von Stinnes den besten Eindruck. Er verteidigte die Interessen seines Landes sehr gut, wofür er nicht getadelt werden könnte. Seine Offenheit sei manchmal direkt brutal. Er wäre ja oder nein zu sagen. Wenn Stinnes einen Vertrag unterzeichnete, so geschah dies nur deshalb, weil er glaubte, damit Deutschland zu dienen. Die Einleitung zu dem Vertrag lautet: In einer Zusammenkunft zwischen den Herren Luberac und Stinnes legte ersterer die besonders kritische Lage dar, in der sich heute noch die französischen Gewerkschaften im zerstörten Gebiet befinden, die ohne Arbeit sind. Er erklärte, daß es auf die deutsch-französischen Beziehungen einen vernichtenden Einfluß haben könnte, wenn Deutschland an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitwirkt. Stinnes schloß sich den Ausführungen Luberacs an und wollte auch seinen Wunsch bekunden, zu diesem Aufbau beizutragen, weshalb mit Luberacs Abnahmen gekonnt wurden. Die Abmachungen selbst werden in den Mitteilungen Luberacs nicht angeführt. Es handelt sich um einen Vertrag, der, wenn er von beiden Seiten loyal durchgeführt wird, den Wiederaufbau außerordentlich beschleunigen kann. Das erste Ergebnis der Unterzeichnung des Vertrages besteht in der Einrichtung einer Verteilungsstelle der kooperativen Genossenschaften und der Schaffung eines Büros für Naturförderungen.

Die Eröffnung der Kieler Herbst-Woche.

Reichspräsident Eberts Aufruf zur Einigkeit.

Kiel, 4. Sept. Unter reger Beteiligung von naß und feucht hat am Sonntag die dritte Kieler Herbst-Woche für Kunst und Wissenschaft ihren Anfang genommen. Sie soll dem Bestreben dienen, zum deutschen Wiederaufbau neue Steine aus dem Schatz unserer reichen Kultur zusammenzutragen. Allen künstlerischen Darbietungen, sei es auf dem Gebiete des Theaters, der Musik oder des Vortrags, liegt diesmal ein gemeinsamer Gedanke, nämlich der Romantik, zugrunde. Namhafte deutsche Künstler und Künstlerinnen wirkten bei den Freiläufen und den Weinfesten mit. Gelehrte von Auf werden in einer Reihe von Vorträgen zu Worte kommen und sehnswerte Ausstellungen der Malerei und des heimischen Kunstschauspiels vervollständigen das exklusive Programm. "Käthchen von Hellbronn" eröffnete die Reihe von Festvorstellungen im Stadttheater, während in der Nikolaikirche u. a. Brahm's gewaltiges Chorwerk "Deutsches Requiem" zur Aufführung gelangte.

Am Montag früh traf Reichspräsident Ebert in Begleitung des Reichsministers Dr. Rößler und des Staatssekretärs Schulz in Kiel ein. Anschließend an den Empfang auf dem Bahnhof fand eine Begrüßung im Rathaus durch den Oberbürgermeister und den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein statt.

Der Reichspräsident

erwiderte auf die Begrüßungsansprüchen u. a.: Die Stadt und der Hafen von Kiel, der Mittelpunkt der Reichsmarine und mit ihr eng verwachsen, sei durch den grausamen Kriedenkrieg besonders schwer und hart betroffen worden. Die Verwaltung und alle schaffenden Kräfte der Stadt seien aber bestrebt, den Niedergang aufzuhalten, das wirtschaftliche Leben wieder anzubauen und in neue Bahnen zu leiten. Sie werde hierbei vorstandsvolle Mithilfe des Reiches und des Staates finden. Bei ihren wirtschaftlichen Befreiungen habe die Stadt aber auch nicht die gesetzlichen Interessen vergessen, und sei bestrebt gewesen, aus dem reichen Schatz der Kultur Steine zum deutschen Aufbau

zusammenzutragen und alle Schichten der Bevölkerung zu diesem dem ganzen Volke gemeinsamen geistigen Werk beizutragen. Diesem schönen Gedanken diene die Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft. Sie haben, sagt der Reichspräsident fort, Ihre künstlerischen und theatralischen Darbietungen diesmal vorwiegend in den Dienst der Romantik gestellt und damit unsere Zeit der Maschinen, der äußerlichen Leistung, des materiellen Lebens und einer harten Wirklichkeit die Kunst eines Zeitalters der zarten Innerlichkeit, des subjektiven Gemüts und der schwärme-

rischen Phantasie gegenübergestellt. Ein starfer Gegengang und doch so berechtigt: Wir bedürfen gerade heute nach der harten Arbeit des Tages der ruhigen Stimmung des Abends, des Sichelblattbestehens, des Innenselbsts. Wir müssen und gerade in der Not der Zeit mehr aufs Gemüts und auf das reiche Leben unserer Kunst, auf die unermehrliche Schatz unserer Kultur hoffen. Das Bewußtsein des Mittelpunktes dieser Kultur der Nation, der Teilhabekeit an den geistigen Schätzen Deutschlands, ist eine der bauernhaften Grundlagen des Gemeinschaftsgeistes und der Einigkeit, die wir mehr als alles brauchen. Der Reichspräsident schloß mit den Worten des Dantes und wünschte der Kieler Herbst-Woche für Kunst und Wissenschaft den besten Erfolg.

Im Laufe des Nachmittags besuchte der Reichspräsident die Hafen- und Industrieanlagen der Stadt Kiel. Im weiteren Verlaufe seines Besuches wohnte er der Aufführung des "Hirtenspiels" von Gerhart Hauptmann im Schauspielhaus bei. Auf dem Wege zum Schauspielhaus durchfuhr der Reichspräsident mit seinem Wagen ein Spalter von Akzissen, das sich bis zum Rathause erstreckte. Hier boten sich wiederum Tausende eingefunden, um den Reichspräsidenten nochmals zu begrüßen. Der Reichspräsident nahm Gelegenheit, einige Worte an die Menge zu richten. Er sagte:

In ihrer Kundgebung zum Reich und seiner Politik liegt das Bekenntnis zu den Befreiungen der Demokratie, und der Wille, die Republik an festigen und an sichern, ein Bekenntnis an den Befreiungen, unser unterdrücktes Vaterland wirtschaftlich und sozial wieder aufzurichten, aber auch ein Bekenntnis zu der Abwehr der Vernichtungspolitik unversöhnlichen Machtpolitis, ein Bekenntnis endlich zu dem Kampfe um unser staatliches und wirtschaftliches Dasein, um unser Dasein als Volk und als Staat. In diesem Kampfe um unsere Selbstbehauptung werden wir die Wirkung aller unserer Völkergenossen brauchen. Deshalb muß der Gedanke einer lebensfähigen Volksgemeinschaft uns mehr und mehr in Fleisch und Blut übergehen. In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir zu rufen: Die deutsche Republik, das deutsche Vaterland, das deutsche Volk, sie leben hoch! Mit dem stürmisch aufgenommenen Hoch sang die Kundgebung ihren Abschluß. Im Laufe der Nacht begibt sich der Reichspräsident mit dem Reichswehrminister an Bord des Kreuzers "Braunschweig" zur Teilnahme an den Manöverübungen in der Nordsee. (W. T. B.)

Das Deutschlandlied als Nationalhymne.

Der Reichspräsident hat in einer Verfügung bestimmt, daß entsprechend seiner Kundgebung vom 11. August 1922 die Reichswehr das "Deutschlandlied" als Nationalhymne anführen hat.

Dollar (Amtlich): 1460

Der nationale Lichthof in Oberschlesien.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien, durch deren Ergebnis das Verbleiben der Provinz im preußischen Staatsverband bestiegelt worden ist, hat vom nationalen Standpunkt aus etwas sehr Erhabendes und Erstaunliches, weil es einen gesunden politischen und wirtschaftlichen Sinn der Bevölkerung offenbart, der ganz dazu geeignet ist, überall im Reich die Hoffnung auf ein fortwährendes Erstarken der Einheit, daß nur eine feste geistige Volksgemeinschaft uns das Heil bringen kann, neu zu beleben. Es gab eine noch gar nicht weit zurückliegende Periode in der oberschlesischen Frage, als die Bewegung zur Trennung von Preußen und zur Bildung eines selbständigen Bundesstaates so großen Umsang angenommen hatte, daß die Gefahr eines für Deutschland ungünstigen Ausfalles der Volksabstimmung über die Zugehörigkeit zum Reich oder zu Polen unmittelbar drohend am politischen Horizont zu abzeichnete, um so mehr, als die politische Regierung in ihrer Presse nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein. Es wurde mit preußischer Zustimmung ein Reichsgesetz erlassen, daß im voraus die verfassungsmäßige erforderliche Genehmigung des Reichstags erteilte, falls nach einem im deutschen Sinne erfolgten Ausgang der Volksabstimmung die Provinz sich entscheiden sollte, Oberschlesien in einen Bundesstaat umzuwandeln. Dieses loiale Vorgehen der beteiligten geistigeren Eltern machte in Oberschlesien den denkbaren beruhigendsten Eindruck und klärte die Lage völlig, so daß der Ausfall der Abstimmung nicht mehr zweifelhaft sein konnte. Nachdem dann trotz des unverdienstlich ausgetrockneten Willens ein willkürlicher Machtsprung der Entente nicht mit bombastischen Versprechungen geizte, daß im Falle der Entscheidung für Polen die Provinz die Stellung einer unabhängigen Woiwodschaft erhalten würde. Die preußische sowohl wie die Reichsregierung hatten auf diese Aktionen ein wachsendes Auge gerichtet und griffen rechtzeitig ein.